



# PROTOKOLL

---

**LANDKREIS  
ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats  
BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@lra-  
ed.de

Erding, 13.04.2010  
Az.:

## **11. Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 15.03.2010**

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bendl, Roswitha

Biller, Josef

Dieckmann, Ulla

Fischer, Siegfried

Hofstetter, Franz Josef

Jobst, Karl Heinz

Oberhofer, Michael

Schmidt, Horst

Schwimmer, Hans

Seeger, Hannelore

Wiesmaier, Hans

ab 14.10 Uhr

i.V.v. Rübensaal Siegfried

i.V.v. Hagl Monika

i.V.v. Gruber Michael

i.V.v. Peis Hans

ab 14.45 Uhr bis 18.45 Uhr

### **sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayerstorfer

### **von der Verwaltung:**

Kohout Caroline

Gutt Georg (TOP 3)

Thomas Wolfgang (TOP 4 und 5)

Schmittner Josef (TOP 6)

Mordek Stephanie (TOP 6)

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Herr Gattermann, Geschäftsführer der e.on Wasserkraft und  
Herr Orschler (Pressesprecher) von e.on Wasserkraft (TOP 2)  
Herr Mersdorf vom MVV (TOP 3)  
Herr Weywadel vom Staatlichen Bauamt Freising (TOP 3)  
Herr Ammerl vom Planungsbüro Obermeyer (TOP 3)  
und Herr Marzelli vom Büro ifuplan (TOP 3)  
Herr Lehnert von PBU in Kempten (TOP 3)  
Herr Großkopf vom Staatlichen Bauamt Freising (TOP 5)

## Tagesordnung

### II. Öffentlicher Teil:

2. e.on Wasserkraft, Information
3. ÖPNV/Regionalbusverkehr  
Verkehr mit Anruflinientaxen im Landkreis Erding  
Vorlage: 2010/0631
4. Nordumfahrung Erding - Sachstandsbericht  
Vorlage: 2010/0635
5. Kreisstraßen  
Verlängerung ED 26 zur besseren Anbindung des Holzlandes an die A 92  
Vorlage: 2010/0623
6. Abfallwirtschaft  
Benchmarking-Projekt für die Abfallwirtschaft  
Vorlage: 2010/0637
7. Bekanntgaben und Anfragen

## II. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 15.03.2010



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

### 2. e.on Wasserkraft, Information

**Herr Gattermann** stellt sich persönlich vor. Er sei seit 2002 Mitglied der Geschäftsführung der e.on Wasserkraft GmbH. Herr Orschler sei seit 1 ½ Jahren Pressesprecher.

Die e.on Wasserkraft GmbH vertritt die Wasserkraftaktivitäten in Deutschland. Inzwischen habe e.on auch Wasserkraftwerke in Schweden, Spanien und Italien. Insgesamt seien über 6.000 MW Wasserkraftleistung installiert.

Die meisten der insgesamt 110 Kraftwerke gibt es aufgrund der Geologie in Süddeutschland an Isar, Lech und Donau. e.on habe ein großes Pumpspeicherwerk im Norden von Hessen am Edersee mit 600 MW Pumpsleistung. Es sei geplant, dort weitere 300 bis 400 MW zu schaffen, um einen entsprechenden Ausgleich für die Windkraft und Solaranlagen liefern zu können.

Insgesamt habe e.on rund 900 Mitarbeiter beschäftigt. Der Jahresumsatz beträgt rd. 650 Mio €

Schon bei den Bayernwerken habe es einen Beirat gegeben. Das Anliegen sei, einen regelmäßigen Informationsaustausch zu haben. Im Beirat seien 11 Mitglieder vertreten, die aus den Regionen kommen, in denen die Anlagen betrieben werden.

Im Weiteren stellt er vor, was in den vergangenen Jahren an der Isar gemacht worden sei. Der Mittlere Isarkanal sei auf einer Länge von rd. von 54 km saniert worden. Ein Teilstück steht noch zur Sanierung an. Die gesamte Ausbauleistung beträgt 84 MW. Die Jahreserzeugung sei 417 GW/h.

Der Kanal sei von 1919 bis 1929 erbaut worden. Die Inbetriebnahme war im August 1925 in Eitting. Er berichtet, in der Zeit waren rd. 8.000 Mitarbeiter am Bau beschäftigt. Im vergangenen Jahr waren zum Vergleich max. 150 Mitarbeiter auf der Baustelle. Es sei zu sehen, in welchem Ausmaß Maschinen die Arbeiten übernommen haben. Insgesamt werden die Kosten für die Sanierung rd. 42 Mio € sein.

Für die ganze Sanierung sei eine enorme Logistik erforderlich gewesen. Sicherlich habe dazu auch die Diskussion mit den Beiräten beigetragen. Auch die Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern sei sehr wichtig gewesen.

Der Kanal am Mittleren Isar-Kanal sei damals von Menschenhand geschaffen worden. Der Ismaninger (Aschheimer) Speichersee sei heute ein Vogelschutzgebiet. Ganz viele Flächen stehen unter Naturschutz. Auch das Isarwehr in Oberföhring sei inzwischen eine dicht besiedelte Region. Es sei deshalb oft schwierig gewesen, mit schwerem Gerät an den Kanal zu kommen und die Sanierung durchführen zu können.



Es sei die Strecke von Finsing bis Eitting saniert worden. In der Zeit, in der der Kanal trocken gelegt war, musste Wasser in die Isar zurückgeleitet werden. Es war eine technische Meisterleistung. Es mussten bis zu 20 cbm/Sek. mit einem Pumpsystem gepumpt werden.

Im November 2009 habe der Kanal wieder in Betrieb genommen werden können.

2010 – 2012 sei noch die Sanierung der Düker, Durchlässe und Dammkronen geplant. 2013 steht die Sanierung der Haltungen 4 a und 5 mit reduziertem Kanaldurchfluss an. 2015 sei die Instandsetzung der Haltung 4 b geplant. Er geht davon aus, dass der Kanal dann wieder 100 Jahre halten wird.

Er berichtet, ein Beispiel der guten Zusammenarbeit sei es gewesen, dass auf Wunsch auf der ED 19 eine Linksabbiegerspur für den Baustellenverkehr gebaut worden sei. Nach Beendigung der Sanierungsmaßnahme sei dann der Wunsch geäußert worden, die Abbiegespur zu lassen. Auch das habe unbürokratisch erledigt werden können.

**Der Vorsitzende** ergänzt, auf der Kreisstraße ED 19 sei eine Behelfsausfahrt mit Abbiegespur für die Sanierung erstellt worden. Er sei dann von mehreren Eitinger und Siglfinger Bürgern der Wunsch geäußert worden, diese Abbiegespur nicht zu beseitigen. Das Staatliche Bauamt Freising sei auch der Meinung gewesen, dass es aufgrund der verkehrlichen Situation sinnvoll sei, die Abbiegespur auszubauen.

**Herr Gattermann** berichtet weiter, es sei eine Forsa-Umfrage zur grundsätzlichen Zustimmung der Wasserkraftnutzung in Auftrag gegeben worden. Danach sprechen sich 91 % der bayerischen Bevölkerung für die Nutzung der Wasserkraft aus. 80 % der Befragten halten den Anteil der Wasserkraft am bayerischen Strommix für sinnvoll und wünschen sogar noch einen größeren Anteil der Wasserkraft. Jede Stromerzeugung habe natürlich auch Eingriffe auf die Umwelt und die Menschen. 47 % der Befragten verbinden spontan keine Nachteile mit der Erzeugung von Strom durch Wasserkraft.

Im Weiteren zeigt er, wo noch Potentiale für eine weitere Wasserkraftnutzung seien. Die Bayer. Staatsregierung habe das Ziel, bis 2020 den Anteil um 10 % zu erhöhen, rd. 1,3 MW/h.

Es sei festgestellt worden, dass über 500 GW/h durch Nachrüstungen erzielt werden könnten, z.B. mit einer zusätzlichen Turbine, z.B. in Gottfrieding. Eine Erhöhung der Leistung könnte auch durch die Veränderung der Fallhöhe an der Staumauer (10 %) erreicht werden. Potentiale seien auch durch neue Standorte (24 %, Projekt am Lech), etc. möglich.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob auch Neubauten von Wasserkraftwerken im Ausland geplant sind.

**Herr Gattermann** antwortet, auch neue Anlagen seien geplant, z.B. in Osteuropa (Rumänien).



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Dieckmann** merkt an, nach der Sanierung des Mittleren Isarkanals sei vermehrt Wild in den Kanal gefallen. Die Gefahr besteht auch für die Kinder. Sie fragt, welche Maßnahmen geplant seien, um das zu verhindern.

**Herr Gattermann** sagt, der Kanal sei durch die Sanierung nicht steiler geworden. Es seien vielmehr Folien eingearbeitet worden, um einen Ausstieg zu ermöglichen.

**Herr Orschler** merkt an, grundsätzlich nehmen Wildtiere die Ausstiegshilfen an. Das Gelände sei Privatgelände. Es sei explizit nicht der Wunsch, das Gelände vollkommen einzuzäunen. Das birgt ein gewisses Risiko. Für Menschen sei die Gefahr erkennbar. Wenn die Witterung es zulässt werden die Ausstiegshilfen farblich erkennbar gemacht.

**Herr Gattermann** erinnert an den Vorfall im letzten Jahr in Waldkraiburg, als ein Kind in den Kanal gefallen sei. Kinder haben versucht, an einer Stelle Eisplatten loszutreten. Es waren überall Schilder aufgestellt. Selbst die Betroffenen haben ein Eigenverschulden zugegeben.

**Kreisrätin Dieckmann** denkt, dass aufgrund der Folien die Gefahr größer sei als vorher.

**Der Vorsitzende** antwortet, der einzige Grund könnte sein, dass die neuen Betonteile glatter sind und nicht mehr porös. Die Sanierung sei aber deshalb durchgeführt worden, weil die Betonteile in einem schlechten Zustand waren.

**Kreisrat Schmidt** merkt an, der Kanal sei in der Winterzeit ein Geheimtipp für Skilangläufer. Er fragt, ob das geduldet sei.

**Herr Gattermann** sagt, im Frühjahr seien viele Fahrradfahrer und Spaziergänger entlang des Kanals zu beobachten. Die Nutzung sei auf eigene Gefahr. Schilder weisen auf die Gefahr hin und dass es sich um ein Industriegelände handelt.

**Kreisrat Schmidt** merkt noch an, es sei die Wasserkraft als Umweltenergie dargestellt worden. In Landsberg a. Lech gebe es die Diskussion über den Ausbau, weil viele gewichtige Umweltgründe gegen einen Ausbau sprechen. Es sei auch dargestellt worden, dass die Bevölkerung die Wasserkraft sehr positiv einschätzt. Umso problematischer sei es, dass die Innkraftwerke an einen österreichischen Investor verkauft worden sind und nicht an die kommunale Anbietergemeinschaft. Diese Entscheidung habe den Kommunen nicht geholfen und eher das Gegenteil bewirkt.

**Herr Gattermann** sagt, aufgrund einer Ausschreibung mit einem Bieterverfahren seien die Innkraftwerke an den höchsten Bieter verkauft worden. Insgesamt seien seines Wissens alle mit der Lösung zufrieden. Seit vielen Jahren werden die Kraftwerke gemeinsam im Verbund betrieben und das werde auch in Zukunft so sein.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** denkt, das Problem sei gewesen, dass überhaupt der Verkauf durchgeführt werden musste. Der Verkauf sei von e.on Wasserkraft nicht geplant gewesen, sondern habe aufgrund einer EU-Vorgabe durchgeführt werden müssen.

**Kreisrat Schwimmer** berichtet, aus seiner Sicht (er vertritt die Landwirtschaft) könne er mit der Situation nicht ganz zufrieden sein, denn in der Zeit der Sanierung sei das Grundwasser in bestimmten Bereichen angestiegen. Für bestimmte landwirtschaftliche Anwesen sei ein beträchtlicher Schaden entstanden. Er fragt, ob Nachverhandlungen noch möglich sind.

**Herr Gattermann** antwortet, das sei ein schwieriges Thema. Es sei eine Vielzahl von Faktoren zusammengekommen. Er bittet um Verständnis, weil ein Präzedenzfall geschaffen würde.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Thema heute nicht diskutiert werden könnte.

**Kreisrat Schwimmer** fragt, wie e.on einen Energiemix sieht. Strom sei wieder teurer geworden. Die Erzeuger schieben diese Erhöhung auf den Energiemix. Die Wasserkraft dürfte nicht zu den Preissteigerungen führen.

**Herr Gattermann** sagt, e.on investiert viel in die Windkraft (im Norden). Windkraft sei aber nicht so sicher wie Wasser. Zur Abpuffung seien Pumpspeicherwerke erforderlich. Er denkt, langfristig müssen Kohle- und Gasoptionen weiter verfolgt werden. Die Zukunftsvision sei der Bezug von Strom aus der Wüste.

Herr Gattermann fasst zusammen, es sei positiv, dass die Bevölkerung die Energieerzeugung aus Wasserkraft mit trägt. Mit Wasserkraft könne eine Menge an CO<sup>2</sup> eingespart werden.

**Der Vorsitzende** bedankt sich für die Information.

### **3. ÖPNV/Regionalbusverkehr Verkehr mit Anruflinientaxen im Landkreis Erding Vorlage: 2010/0631**

**Der Vorsitzende** bittet Herrn Mersdorf, einen Zwischenbericht zu geben, um zu beraten, was an Details noch geändert werden sollte.

**Herr Mersdorf** verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage und das Fahrplanheft.

Er informiert, nach der EU-Verordnung sei es notwendig, die neuen Verträge EU-weit auszuschreiben. Dazu seien Vorbereitungen zu treffen, um Anbieter zu gewinnen.

Nach der Vergabeverordnung gebe es einen Terminplan. Danach sei es zwingend geworden, sich bereits im Frühjahr 2010 mit dem Thema zu befassen, damit zeitgerecht zum 12.12. der Betrieb aufgenommen werden kann. Das Vorlaufprocedere bedeutet, dass nach der Bekanntmachung



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

des Leistungsangebotes die Betriebe aufgefordert werden, ein Angebot abzugeben. Die Frist sei 59 Tage. Nach der Angebotseröffnung seien 21 Tage Zeit, die Angebote auszuwerten und dem Landkreis die Entscheidung vorzutragen. Der Landkreis habe 17 Tage Zeit, eine Entscheidung zu treffen und den Zuschlag zu erteilen. Die Firmen haben dann 66 Tage Zeit, Vorbereitungen zu treffen, um zeitgerecht den Betrieb aufnehmen zu können. Deswegen sei heute eine Entscheidung zu treffen, ob und welches Angebot ab Dezember 2010 vorgehalten werden soll.

**Kreisrätin Dieckmann** weist darauf hin, dass bis 30.03. der Termin für die Gemeinden sei, noch Anträge stellen zu können.

**Herr Mersdorf** antwortet, dies sei das normale Verfahren zum Jahresfahrplanwechsel. Die Vergabe für bedarfsgesteuerte Taxen sei davon zu unterscheiden.

**Der Vorsitzende** fragt, ob es die Möglichkeit gibt, wenn mit den Unternehmern vereinbart sei, dass Anpassungen möglich sind, ob die Linien dann nicht ausgeschrieben werden müssen.

**Herr Mersdorf** sagt, das Leistungsvolumen werde für einen Bieter außerhalb Bayerns nicht interessant sein. Ein Taxiunternehmen betreibt zusätzlich zum Betrieb diese Leistung. Es entstehen dadurch keine zusätzlichen Kosten. Insofern werde eine beschränkte Ausschreibung möglich sein. Es werden Anbieter ermittelt und aufgefordert, ein Angebot abzugeben.

**Der Vorsitzende** fragt, ob der Landkreis um eine Ausschreibung nicht herumkomme. Er berichtet von einem Schreiben eines Busunternehmers, der dargestellt hat, dass eine Ausschreibung nicht unbedingt notwendig wäre.

**Herr Mersdorf** erklärt weiter, derzeit seien entsprechend der an die Ausschussmitglieder verteilten Liste folgende MVV-Ruftaxen im Landkreis in Betrieb:

5010 Erding (S) – Langenpreising, Schule,  
5020 Erding(S) – Langenpreising – Wartenberg,  
5050 Markt Schwaben (S) – Isen,  
5311 Erding (S) – Zengermoos,  
5610 Wartenberg, Feuerwehrhaus – Berglern,  
5620 Erding (S) – Taufkirchen/Vils,  
5621 Taufkirchen/Vils – Höhenpolding – Wambach- Taufkirchen/Vils,  
5622 Taufkirchen/Vils – Gebensbach,  
5650 Erding (S) – Obergeislbach – Dorfen, Bahnhof und  
5680 Markt Schwaben (S) – Erding (S) (

**Der Vorsitzende** bittet um Darstellung der Linien, die sinnvoll sind, sie zu ergänzen oder wegzulassen.

**Herr Mersdorf** erklärt, 2007 seien zur Ausweitung zusätzliche Fahrten beschlossen worden.



Es sei z.B. die Linie 5650 zwischen Erding und Dorfen mit einer Theaterfahrt am Abend und zusätzlich die Linie 5680 zwischen Erding und Markt Schwaben neu eingerichtet worden.

Am 09.07.2007 habe der Strukturausschuss den Beschluss gefasst, „Die Verträge für die bestehenden ALT-Verkehre werden in ihrer Laufzeit entsprechend den neu abzuschließenden Verträgen für die zusätzlichen ALT-Verkehre verlängert.“

**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Büro des Landrats  
BL

Im Weiteren erklärt er kurz, wie sich die Fahrgastzahlen und die Fahrten entwickelt haben. Zum Beispiel waren auf der Linie 5010 im Januar 2009 139 Fahrten vorgesehen, 125 Fahrten seien durchgeführt worden, das entspricht 90 % des Angebots. Es mussten dafür 3.875 € bezahlt werden. Das Fazit auf der Linie 5010 sei, dass 3,5 Fahrgäste pro Fahrt dieses Angebot genutzt haben. Seit 13.12.2009 seien zusätzlich Ringkurse eingerichtet worden. Diese werden zunehmend von Fahrgästen aus Berglern genutzt. Über das Angebot, das seit 2009 besteht, sei heute zu entscheiden. Er stellt fest, dass das Angebot trotz durchgängiger Information noch nicht so bekannt sei. Im ÖPNV sei oft festzustellen, dass das Angebot zeitverzögert genutzt wird.

**Kreisrat Schmidt** verweist auf die Kosten für März 2008 und April 2008 und wünscht, die Differenz zu erklären. Er fragt woher die Unterschiede kommen.

**Herr Mersdorf** stimmt zu, die angegebenen Zahlen seien nicht richtig.

**Der Vorsitzende** bittet Herrn Mersdorf zum Ergebnis zu kommen. Insgesamt sei eine intensive Ausweitung der Linien vorgenommen worden. Es stellt sich die Frage, was geändert werden sollte, wo es zusätzlich ein Angebot geben sollte und welche Linien gestrichen werden sollen, weil das Angebot nicht angenommen wird. Wenn vier Fahrgäste in vier Monaten das Angebot wahrnehmen, stellt sich die Frage, ob sich langfristig ein Unternehmer bereit erklärt, der das Angebot so aufrecht erhält.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob sie die Auswertung der einzelnen Linien bekommen kann.

Dies sichert **der Vorsitzende** zu.

**Herr Mersdorf** schlägt vor, bei der **Linie 5050** eine Fahrt (Markt Schwaben ab an Freitag 23.08 Uhr und samstags ab 8.12 Uhr) wegen schwacher Nutzung zu streichen und dafür eine Fahrt samstags um ca. 17.00 Uhr und ca. 20 Uhr anzubieten.

---

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, wann das letzte Taxi dann fährt.

**Herr Mersdorf** antwortet, die letzte Fahrt sei um 22.08 Uhr.

**Kreisrat Schwimmer** fragt, nachdem die Linie 5050 bis Isen fährt, ob sie nicht bis Sankt Wolfgang verlängert werden könnte, um eine bessere Auslastung zu bekommen.

**Herr Mersdorf** antwortet, es sei bei der Einführung der ALT die Entscheidung gewesen, keinen bedarfsgesteuerten Verkehr nach Sankt Wolfgang



einzurichten, weil Sankt Wolfgang noch nie eine Wochenendbedienung gehabt habe.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, wenn ein Bedarf sein sollte, dass die Gemeinde Sankt Wolfgang sich dazu äußert. Eine Ausweitung sei so nicht möglich.

**Herr Mersdorf** sagt, ein Angebot werde nur auf Nachfrage zur Verfügung gestellt.

**Zur Linie 5622 – Taufkirchen/Vils – Gebensbach** stellt er fest, dass nach dem jetzigen Probebetrieb von Januar bis September 2009 bei sechs bestellten Fahrten nur sieben Fahrgäste befördert worden sind. Es werde daher empfohlen, dieses Fahrtenangebot mit Ablauf des 2-jährigen Probebetriebes am 10.12.2010 zu beenden. Es ergäbe sich eine Kosteneinsparung von 5.000 bis 6.200 €/Jahr.

**Zur Linie 5680 Markt Schwaben – Erding** wird empfohlen, das Angebot des MVV-Ruftaxenbetriebes an Samstagen aufrecht zu erhalten. Es wird jedoch vorgeschlagen, die zum Dezember 2007 neu hinzugenommene Fahrt ab Erding um 22.53 Uhr zu streichen. Bei einem Fahrgastaufkommen von unter 2 Personen sei kein Bedarf zu sehen.

**Zur Linie 5650 Erding – Obergeiselbach – Dorfen** wird vorgeschlagen, die Linie zu streichen, weil sie nur von einer Person genutzt wird, die kein Auto besitzt.

**Kreisrat Hofstetter** fragt nach der Möglichkeit, die Linie 5620 Erding - Taufkirchen/Vils um ein Fahrtenpaar zu erweitern. Sie wird gut angenommen, auch am Wochenende und abends.

**Der Vorsitzende** sagt, das sei zum nächsten Fahrplanwechsel zu beraten. Die Beratung heute sei nur für die Linien erforderlich, die im Dezember auslaufen.

Es sei der Beschluss zu fassen, die vorgetragenen Änderungen durchzuführen und den ALT-Verkehr weiterzuführen.

**Kreisrat Hofstetter** denkt, es sollte für diese ALT-Verkehre nochmals Werbung gemacht werden, weil der Nahverkehr für die Infrastruktur sehr wichtig sei.

**Der Vorsitzende** bittet die Gemeinden, über die Amtsblätter Werbung zu machen.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, bei Linien die tatsächlich nur eine Auslastung von 3 % bis 4 % haben und Kosten von 10.000 € bis 15.000 € verursachen brauche nicht extra diskutiert zu werden. Wenn sie nicht genutzt werden, könne das Angebot nicht aufrecht erhalten bleiben. Er denkt, es wäre ein grundsätzlicher Beschluss notwendig, wie hoch der Auslastungsgrad sein muss, um eine Linie zu betreiben.

**Der Vorsitzende** verweist auf den ständigen Fortschreibungsprozess, der im Nahverkehrsplan als Ziel formuliert worden sei: Was sollte künftig der ÖPNV alles abdecken? Der Schwerpunkt sei der Schülerverkehr. Heute



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

sei der Beschluss des Ausschusses erforderlich, wie künftig mit den Änderungen weiter zu verfahren sei.

Er betont, eine Kampagne über die Medien würde viel Geld kosten. Gegen eine Werbung im Umfeld spreche nichts.

**Kreisrätin Bendl** fragt zur ausgeteilten Grafik, warum die Linie 5610 nicht eingezeichnet worden sei. **Herr Mersdorf** antwortet, das sei ein Versehen.

**Kreisrätin Dieckmann** stimmt der Aussage von Kreisrat Wiesmaier zu. Sie denkt, dass es gerade abends für viele Jugendliche schwer sei, nach Erding zu kommen oder wieder nach Hause. Es sollte über die Schulen, Jugendreferenten, etc. entsprechende Werbung gemacht werden.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob es Beobachtungen gibt, wie die Gemeinden werben.

**Der Vorsitzende** sagt, es kann von der Verwaltung nicht alles überprüft werden.

**Kreisrat Fischer** verweist auf den Vorlagebericht. Er wünscht, über die Ausschreibungsmodalitäten zu beraten.

**Der Vorsitzende** geht davon aus, dass grundsätzlich Einverständnis mit der Vorlage und dem Vortrag besteht und der Beschluss zu fassen sei, dass die Verkehre mit Anruflinientaxen fortgeführt werden sollen und die vorgeschlagenen Änderungen und Vorschläge wie vom MVV vorgeschlagen, umgesetzt werden.

Zudem sollte der MVV beauftragt werden, die Ausschreibung durchzuführen, damit rechtzeitig die Ausschreibungsergebnisse zur Entscheidung vorgelegt werden können.

Ergänzend sollte anhand der jetzigen Unternehmensbedienungen versucht werden, kleine Lose zu bilden.

Der Vorsitzende formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

StrVU/0041-14

1. Die Verkehre mit Anruflinientaxen sollen fortgeführt werden.
2. Die vom MVV vorgeschlagenen Änderungen sollen vorgenommen werden (Linie 5050, 5622, 5650 und 5680)
3. Der MVV soll beauftragt werden, die Ausschreibung durchzuführen, damit rechtzeitig die Ausschreibungsergebnisse zur Entscheidung dem Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt vorgelegt werden können.
4. Ergänzend soll anhand der jetzigen Unternehmensbedienungen versucht werden, für die Vergabe kleine Lose zu bilden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

#### 4. Nordumfahrung Erding - Sachstandsbericht Vorlage: 2010/0635



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** begrüßt die Herren des Staatlichen Bauamtes Freising und die Herren der Planungsbüros.

Das Thema Nordumfahrung habe eine umfangreiche Vorgeschichte. 2007 seien Anträge vorgelegt worden, sich mit der Nordumfahrung zu beschäftigen. Die verkehrliche Bedeutung stehe außer Frage.

Herr Weywadel wird die Ergebnisse der Untersuchung vorstellen.  
Herr Ammerl und Herr Marzelli werden die Raumempfindlichkeit darstellen.  
Herr Lehnert wird die technische Planung darstellen.

**Herr Weywadel** erklärt, für die Verkehrsuntersuchung sei das Büro Obermeyer (Planung und Beratung), für die Raumempfindlichkeitsanalyse das Büro ifuplan und für die Technische Planung das Planungsbüro Bauen und Umwelt zuständig.

Er erklärt, eine sehr hohe Verkehrsbelastung ergebe sich in Ost-West-Richtung auf der Anton-Bruckner-Straße zur Staatsstraße 2084 im Höchstfall mit 20.000 Fahrzeugen/Tag. Auch die übrigen Ost-Westachsen seien belastet. Es seien drei Trassenkorridore untersucht worden, die vom nördlichen Landkreis bis nahe Erding reichen. Zwischenzeitlich sei wegen der Abstimmung der Gemeinden mit dem Landkreis viel Zeit vergangen.

**Der Vorsitzende** merkt an, parallel sei eine Raumempfindlichkeitsanalyse und eine Verkehrszählung durchgeführt worden. In mehreren Gesprächsrunden mit den Bürgermeistern seien die Gemeinden mit beteiligt worden. Es seien rd. 300 Personen bei der Verkehrszählung beteiligt gewesen. Es sei gute Vorarbeit geleistet worden.

**Herr Ammerl** erklärt, es sei die Verkehrsuntersuchung generalstabsmäßig vorbereitet worden, um Fragen, die die Nordumfahrung verkehrlich betreffen, stichhaltig genau beantworten zu können. Im Landkreis habe es 25 Befragungsstellen gegeben. Es sei dabei 75 % des Verkehrs angehalten und die Personen nach dem Ziel und Zweck der Fahrt befragt worden. Das viele Datenmaterial gibt eine hohe statistische Sicherheit.

Er erklärt, von rd. 200.000 Fahrzeugen, die in den Landkreis fahren oder durchfahren oder sich innerhalb des Landkreises bewegen, fahren rd. 14.000 Fahrzeuge zum Flughafen. Dabei habe sich herausgestellt, das nicht nur die flughafenbezogenen Verkehre stattfinden, sondern auch nicht flughafenbezogene Verkehre. Der Anteil sei nicht unerheblich. Der Schwerverkehrsanteil auf allen Straßen spiele eine untergeordnete Rolle im Landkreis (im Mittel unter 5 %). Schleichverkehr etc. findet im Landkreis nicht statt. Die nennenswerten Schwerverkehrsanteile liegen auf der ED 19 bei Eitting. Der Durchgangsverkehrsanteil durch den Landkreis beträgt nur 10 %.

Er weist darauf hin, es werde nicht nur der derzeitige Schnitt betrachtet, sondern ein Prognosehorizont bis 2025.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Es sei festzustellen, dass das Verkehrsaufkommen bis auf 225.000 Fahrzeuge steigen werde. Dabei sei der Flughafen extra prognostiziert worden und der allgemeine Verkehr. Es seien intensive Gespräche auch mit der FMG geführt worden. Die Daten aus dem Planfeststellungsverfahren zur 3. Start- und Landebahn seien bereitwillig zur Verfügung gestellt worden. Zum Beispiel werde die Stadt Erding eher eine überproportionale Entwicklung haben (14%), die Stadt Freising (10 %). Viele Gemeinden im Landkreis und in der Umgebung werden deutlich weniger Zunahmen (unter 10 %) haben. Der Verkehr zum Flughafen werde stark zunehmen, bis zum Jahr 2020 werde mit einer Verdopplung (30.800 Fahrzeuge) gerechnet.

Mit Berücksichtigung des Flughafens kann insgesamt von einer Zunahme im Landkreis Erding von 16 % ausgegangen werden.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob bei der Ermittlung der Zahlen vom Bau der 3. Start- und Landebahn ausgegangen wird.

**Herr Ammerl** sagt, die Flughafenverkehre entwickeln sich aus den Passagierzahlen, die für 2020 prognostiziert werden. Die Zahlen seien vom Flughafen gemeldet worden.

**Der Vorsitzende** bittet, den flughafenbezogenen Verkehr an einem Beispiel zu verdeutlichen. Für die Nordumfahrung sei die Verkehrsbelastung im Bereich Tittenkofen – Langengeisling wichtig.

**Kreisrätin Seeger** stellt fest, im Moment seien die Passagierzahlen am Flughafen rückgängig. Sie denkt, wenn prognostiziert werde, dass der Flughafen immer größer wird, ergeben sich keine realistischen Zahlen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, schon die derzeitige Verkehrsbelastung reiche aus. Er denkt, dass der Verkehr nicht um soviel weniger werden wird, wenn momentan Einbrüche beim Passagieraufkommen zu verzeichnen seien. Bei vielen Bürgerversammlungen werde er immer wieder gefragt, was gegen den zunehmenden Verkehr getan werden könne. Er betont, mit jeder Ausweisung eines Baugebietes, mit jedem zusätzlichen Wachstum nehme der Verkehr zu. 50 Parzellen bedeuten im Minimum 150 Fahrzeuge. Der Flughafenverkehr alleine sei nicht die Belastung, aber ein Beitrag hierzu.

**Herr Ammerl** weist darauf hin, das Gesamtverkehrsaufkommen beträgt rd. 230.000 Fahrzeuge, rd. 10 % davon sei Flughafenverkehr.

**Herr Weywadel** merkt an, es wäre möglich, die Verkehrszunahme, die aus dem Flughafen resultiert, herauszunehmen. Auch dann wäre zu erkennen, selbst wenn der Flughafen stagniert oder die Passagierzahlen zurückgehen, dass trotzdem auf den gesamten Straßen deutliche Zunahmen wären. Das resultiert vor allem aus dem Wachstum der Stadt Erding und den Gemeinden rund herum.

**Der Vorsitzende** ergänzt, die 3. Start- und Landebahn sei ein Element, das berücksichtigt werden müsse. Auch mit zwei Bahnen und größeren Flugzeugen würden die Passagierzahlen zunehmen. Bis 45 Millionen Passagiere sei das Zweibahnensystem ausgelegt. Unabhängig von der



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

3. Start- und Landebahn werde dieses Ziel von der FMG angestrebt. Bisher seien alle Langzeitprognosen bezüglich des Flughafens übertroffen worden.

**Kreisrat Schmidt** meint, egal wie sich der Flughafen entwickeln werde, das Straßennetz sei überlastet und es bedarf einer Veränderung. Aufgrund des Wachstums des Landkreises sei davon auszugehen, dass der Straßenverkehr zunehmen wird.

Er wünscht, die Zahlen für die Beratung in der Fraktion zu bekommen. In der Vorlage seien die Zahlen nicht angegeben. Es wäre auch hilfreich, die Zahlen des Flughafens aus der Prognose herauszurechnen.

**Der Vorsitzende** erklärt, in der Vorlage sei aufgeführt: 227.000 Fahrzeuge in 24 Stunden, der gesamte flughafenbedingte Verkehr sei mit 30.000 Fahrzeugen gerechnet.

**Herr Ammerl** merkt weiter an, es habe sich herausgestellt, dass der überwiegende Anteil des flughafenbezogenen Verkehrs sich durch die Beschäftigten ergebe (Schichtbetrieb) und nicht durch die Passagiere.

Er erklärt weiter, für die Nordumfahrung gebe es drei Hauptvarianten: Wahltrasse Süd, Wahltrasse Mitte, 1 und 2 und die Wahltrasse Nord, die am weitesten von der Stadt Erding entfernt sei. Zur Variante Süd gebe es die Wahltrasse Süd 1, Süd 2 und Süd 3.

Die Wahltrasse Nord sei am weitesten entfernt. Sie habe dadurch nicht mehr so viel Anziehungskraft, die Entlastungswirkung sei entsprechend niedriger. Sie wird von den Gemeinden Eitting, Oberding, Bockhorn und der Stadt Erding abgelehnt.

Die Wahltrasse Mitte 1 liegt etwas weiter von der Stadt Erding weg. Sie habe die geringste Verkehrswirksamkeit für den Landkreis und die Stadt Erding. Sie wird von den Gemeinden Eitting, Oberding, Bockhorn und der Stadt Erding abgelehnt.

Die Wahltrasse Mitte 2 wird von der Stadt Erding als Alternativlösung zur Wahltrasse Süd 2 gesehen. Von den Gemeinden Eitting, Oberding und Bockhorn jedoch abgelehnt.

Von der Stadt Erding wird die Wahltrasse Süd 3 gewünscht. Die Stadt Erding plant eine neue Verbindungsspanne, weil die Zielverkehre auf die Nordumfahrung gebracht werden sollen.

**Der Vorsitzende** erklärt, weil der Eindruck entstehen könnte, diese Verbindungsspanne hätte mit der Nordumfahrung zu tun. Die Stadt Erding plant diese Anbindung. Es sei für die Planungen zur Nordumfahrung wichtig zu wissen, weil sie entsprechende Auswirkungen haben könnte. Die Stadt Erding übernimmt die Planung und Bauträgerschaft, obwohl es sich um eine Staatsstraße handelt, die umfahren werden und als Durchfahrtsentlastung der Alten Römerstraße dienen soll.



Zusammenfassend kann bezüglich der Entlastungswirkung und Verkehrsbelastung festgestellt werden, die Wahltrasse Süd habe die höchste Verkehrswirksamkeit. Die Wahltrasse Mitte habe auch eine gewisse Verkehrswirksamkeit, jedoch nicht so hoch wie die Wahltrasse Süd. Die Wahltrasse Nord habe die niedrigste Verkehrswirksamkeit und die geringste Entlastungswirkung.

Zudem sei ein Augenmerk auf die Anbindung der Nordumfahrung im Bereich Bockhorn - Unterstrogn, B 388 zu richten. Alle Wahltrassen beginnen an der gleichen Stelle. Bei einer westlichen Anbindung von Unterstrogn ergeben sich zwei negative Aspekte. Im Bereich Unterstrogn auf der B 388 würden sich die höchsten Verkehrsbelastungen ergeben, weil der ganze Verkehr angezogen wird, bevor er sich wieder auf die B 388 und die Nordumfahrung verteilt. Die B 388 habe im Bereich der Einmündung in die ED 20 bei Grucking eine Belastung von rd. 16.000 Fahrzeugen. Das bedeutet enorme Belastungen. Die Einmündung müsste mit einer Ampelanlage ausgestattet werden.

Bei den Varianten, die östlich von Unterstrogn einmünden, wäre dies nicht so der Fall. Der Verkehr, der von oder nach Taufkirchen/Vils fährt, könnte auf zwei Halbanschlüssen zügig auf die Nordumfahrung gebracht werden. Der Verkehr aus dem Süden könnte über die neue Anschlussstelle ED 20 bei Grucking auf die Nordumfahrung geleitet werden. Es gäbe dann eine nicht mehr so hohe Verkehrsbelastung mit ca. 11.000 Fahrzeugen. Es wäre keine Ampelanlage erforderlich. Der Nachteil wäre, dass das Teilstück der Nordumfahrung nur eine Belastung von rd. 5.000 Fahrzeugen hätte.

Die niedrigste Verkehrsbelastung bei Unterstrogn gibt es mit der Variante V. Auch hier sei keine Ampelanlage bei der ED 20 erforderlich. Die höchste Verkehrsbelastung würde es auf dem Teilstück der ED 99 von der ED 20 bis zur B 388 geben.

**Herr Marzelli** macht Ausführungen zur Raumempfindlichkeitsanalyse und stellt dar, welche verschiedenen Schutzgüter (Umweltaspekt) durch eine mögliche Nordumfahrung betroffen wären.

Ziel der Raumempfindlichkeitsanalyse sei, konfliktarme Korridore abzugrenzen, in denen mit verhältnismäßig wenigen Problemen bei der Umsetzung zu rechnen sei. Es werden dabei die Schutzgüter Mensch (Wohnen und Erholung), Boden (Filtervermögen und Ertrag), Wasser (Grundwasser und Oberflächengewässer), Luft und Klima (Frischluffproduktion, Klimaausgleich), Pflanzen und Tiere (Biotope und Artenvorkommen), Landschaft (Schutz gut strukturierter Landschaften, Komplexfunktionen) und Kultur- und Sachgüter (Bodendenkmale und archäologische Fundstellen) berücksichtigt.

Das Ergebnis des Variantenvergleichs sei in der Übersicht dargestellt. Danach sei die Variante Mitte 2 die längste und die Variante Mitte 1, die kürzeste. Die Varianten Süd liegen bezüglich der Gesamtlängen im mittleren Bereich.

Die Variante Mitte 1 sei aus Umweltsicht betrachtet, die günstigste Lösung, was jedoch im Widerspruch zu der Verkehrswirksamkeit steht. Die



Südvarianten stellen durch die Querungen ökologisch empfindlicher Bereiche aus Umweltsicht die größeren Probleme dar. Keine der untersuchten Varianten wäre nach derzeitigem Kenntnisstand jedoch unzulässig. Es könne nur gesagt werden, die Varianten seien ungünstiger, aber abwägbar mit anderen Belangen.

**Herr Lehnert** erklärt, das Planungsbüro Bauen und Umwelt sei beauftragt worden, für die Nordumfahrung die technische Realisierbarkeit zu untersuchen.

Er zeigt eine Übersichtskarte der Trassen. Es sei bei jeder Trasse eine einheitliche Geschwindigkeit von 80 km/h zugrundegelegt worden, der Trassierungsstandard sei bei allen Varianten gleich, auch der Querschnitt mit 7,50 m Straßenbreite, die Knotenpunktqualität und die Art der Ingenieurbauwerke.

*Die Variante Nord* beginnt nördlich von Eitting, verläuft weiter nach Osten bis südlich von Berglern bis zum Kreuzungspunkt der St 2331, verläuft dann Richtung Süden bis südlich von Tittenkofen, schwenkt ab und mündet bei Unterstrogn in die B 388 ein.

Verknüpfungspunkte sind die ED 19 bei Eitting, die St 2331 südlich von Berglern, die St 2082 zwischen Erding und Tittenkofen sowie die B 388 bei Unterstrogn. Die Baulänge beträgt ca. 10,7 km. Der Flächenbedarf (Böschungsbauwerke, etc.) beträgt ca. 26 ha. Es gibt 4 Knotenpunkte und 6 Ingenieurbauwerke. Die Kosten werden mit ca. 35 Mio € brutto, inkl. Grunderwerb, Ausgleichsflächen, etc. sein.

*Die Variante Mitte 1* sei die kürzeste Variante, sie beginnt an der ED 19 und geht Richtung Eichenkofen, schwenkt vor Eichenkofen nach Norden ab und geht in einem Bogen um Eichenkofen herum und mündet zwischen Erding und Tittenkofen in Unterstrogn in die B 388 ein. Die Baulänge beträgt ca. 8,4 km. Der Flächenbedarf beträgt ca. 26 ha. Es gibt 5 Knotenpunkte und 5 Ingenieurbauwerke. Die Kosten werden mit ca. 22 Mio € brutto veranschlagt.

*Die Variante Mitte 2* sei mit ca. 12,5 km die längste Trasse. Sie beginnt an der FTO verläuft nach Osten, kreuzt den Isarkanal, geht von der ED 19 wie die Variante Mitte 1 weiter bis zur Einmündung an der B 388. Der Flächenbedarf sei ca. 36 ha. Es gibt 5 Knotenpunkte und 8 Ingenieurbauwerke. Die Kosten belaufen sich auf ca. 46 Mio. € brutto.

*Die Südtrassen* beginnen alle an der FTO, St 2580, südlich des Isarkanal, gehen nach Norden und laufen parallel zum geplanten Ringschluss zwischen Erding und dem Flughafen, kreuzen die S-Bahntrasse und teilen sich dann auf. Variante Süd 1 führt nördlich von Langengeisling und dem Wehrwissenschaftlichen Institut vorbei und mündet dann in die Trassenvariante Nord Mitte ein.

Die Variante Süd 2 verläuft nördlich Langengeisling zwischen dem Wehrwissenschaftlichen Institut und Langengeisling hindurch, kreuzt in die St 2331 und die St 2082 und läuft weiter nach Osten zur B 388.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Die Variante Süd 3 sei deckungsgleich mit der Variante Süd 2 bis zum Kreuzungspunkt St 2082 und läuft dann nach Süden parallel zum bestehenden Fliegerhorstzaun und mündet bei Unterstrogn in die B 388 ein.

Die Baulänge der Wahltrasse Süd 1 beträgt ca. 9.4 km, der Flächenbedarf sei ca. 28 ha. Es gibt 5 Knotenpunkte und 10 Ingenieurbauwerke. Die Kosten belaufen sich auf ca. 36 – 45 Mio € brutto.

Die Baulänge der Variante Süd 2 beträgt 8.70 km, der Flächenbedarf sei ca. 28 ha. Es gibt 4 Knotenpunkte und 8 Ingenieurbauwerke. Die Kosten belaufen sich auf ca. 35 – 44 Mio € brutto.

Die Kostenspanne ergibt sich aus den Knotenpunktformen.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob das von der Gemeinde Bockhorn in Auftrag gegebene Gutachten schon beinhaltet sei.

**Der Vorsitzende** sagt, das sei separat.

**Herr Ammerl** merkt an, es seien 5 Knotenpunkte im Bereich Unterstrogn untersucht worden, drei westlich Unterstrogn (im Bereich der bestehenden ED 20) und zwei östlich von Unterstrogn.

Bei der Variante 1 westlich von Unterstrogn wäre ein höhenfreier Anschluss mit einer sog. linksliegenden Trompete an die B 388 geplant. Diese Variante wäre sehr teuer und problematisch. Es müsste im Bereich der Einmündung eine Lichtsignalanlage gebaut und die Befeuerungsanlage des Fliegerhorstes versetzt werden.

Bei der Variante 2 westlich von Unterstrogn wäre ein teilhöhenfreier Anschluss mit Kreisverkehr in der 2. Ebene an die B 388 geplant. Die B 388 verläuft unten durch. Auch hier wäre die Befeuerungsanlage zu versetzen und eine Lichtsignalanlage erforderlich.

Bei der Variante 3 westlich von Unterstrogn wäre einen höhengleicher Anschluss mit Kreisverkehr und einem Bypass an die B 388 geplant. Hier wäre die Befeuerungsanlage des Fliegerhorstes nicht betroffen. Trotzdem wäre eine Lichtsignalanlage notwendig.

Östlich von Unterstrogn seien zwei Varianten untersucht worden. Bei den beiden Varianten wären keine Lichtsignalanlagen erforderlich und auch die Befeuerungsanlage des Fliegerhorstes wäre nicht im Weg.

Er verweist auf die Übersicht der Knotenpunktsuntersuchung in der Vorlage.

**Herr Weywadel** merkt an, die Darstellung der Knotenpunkte sei eine Darstellung des Machbaren, sie können jedoch noch anders dargestellt und optimiert werden. Je nach Wahltrasse gebe es noch eine Reihe von Verbesserungsmöglichkeiten bei den Anschlüssen.

Zu den Ausführungen von Herrn Ammerl merkt er an, Herr Ammerl sei von einem vierstreifigen Ausbau der FTO zwischen der St 2084 und der Erdin-





**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

ger Allee ausgegangen. Das sei so noch nicht beschlossen. Es sei der 4-stufige Ausbau der FTO zur Fortschreibung des Ausbauplans Staatsstraße angemeldet worden. Die Fortschreibung läuft derzeit. Es sei davon auszugehen, dass die Maßnahmen aufgrund des hohen Nutzenfaktors in den neuen Haushalt eingestellt werden. Denn eine zweistreifige Straße könne den Verkehr bei einer Belastung von 30.000 Fahrzeugen nicht aufnehmen. Aufgrund der Ergebnisse wird empfohlen, die Wahltrasse Süd 2 weiter zu verfolgen. Aufgrund des jetzigen Untersuchungsergebnisses kann gesagt werden, dass es keine Bereiche und FFH-Flächen gebe, die unbedingt ausgenommen werden müssen. Die verursachten Einbrüche, die es geben wird, seien noch ausgleichbar. Aufgrund der Tatsache und der Tatsache, dass die Wahltrasse Süd 2 die höchste verkehrliche Wirksamkeit habe, wird empfohlen, mit den nächsten Planungsschritten weiter zu machen.

**Der Vorsitzende** fragt, ob es ausreichend sei, z.B. den Korridor Süd festzulegen.

**Herr Weywadel** sagt, das reicht nicht ganz, weil als nächster Schritt eine Planungsunterlage notwendig sei als Grundlage für den Zuwendungsantrag. Dazu seien eine Trasse und eine Variantenprüfung erforderlich. Das bedeutet, es gibt eine Vorzugsvariante und es gibt die Varianten, die in der Studie mit abgehandelt werden. Am Ende steht die Entscheidung, welche Variante für das Planfeststellungsverfahren gewünscht wird.

**Der Vorsitzende** verweist auf die zeitgleiche Information an die Bürgermeister. Nachdem der 1. und 2. Bürgermeister der Gemeinde Bockhorn und der 1. Bürgermeister der Gemeinde Eitting anwesend sind, sollte im Anschluss noch über die Beauftragung durch die Gemeinde Bockhorn gesprochen werden, eine Erweiterung des Anknüpfungspunktes östlich von Grünbach. Die beteiligten Büros haben sich auch dazu Gedanken gemacht.

Unabhängig davon sei über einen Korridor zu entscheiden. Er gibt bekannt, dass mit allen betroffenen Bürgermeistern heute Vormittag ein Abstimmungsgespräch stattgefunden habe. Der Kreistag habe jedoch über eine Variante zu entscheiden.

Beim Befragen mit den Bürgermeistern sei einhellig die Variante Süd bevorzugt worden, wobei die Varianten Süd 2 und 3 noch im Gespräch waren, allerdings in Kombination mit einer Querspange im Norden ED 19 – St 2331 und ED 2. Unter der Vorgabe waren, unabhängig vom Einmündungspunkt auf der B 388 alle Bürgermeister der Meinung, den Korridor zu verfolgen und zu favorisieren.

**Kreisrat Fischer** fragt, ob die Variante Süd 2 die Vorzugsvariante aller Betroffenen sei. Er fragt, warum der Nordkorridor nicht favorisiert werde. Es sei doch auch der Auftrag erteilt worden, dass die Gemeinde Bockhorn eine Untersuchung durchführen dürfe.

**Der Vorsitzende** erklärt, die Untersuchung durch die Gemeinde Bockhorn ändere nichts daran, welcher Korridor vorgeschlagen wird. Er zeigt den

Verlauf der Variante Nord. Auch die Gemeinden im Norden würden der Südvariante zustimmen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, die schlechteste Lösung wäre keine Nordumfahrung. Die Prognose bis 2025 zeigt, welche Belastungen kommen werden. Er denkt, dass es mit der Südvariante die meiste Entlastung geben wird und der Kosten-Nutzeneffekt am Besten sei.

**Kreisrat Schmidt** denkt, die Notwendigkeit einer Nordumfahrung sei unumstritten. Sie bringe nicht nur für den Bereich Erding eine Entlastung, sondern für den gesamten Landkreis. Er fragt, ob heute eine Entscheidung notwendig sei, denn es sei eine große Einigkeit Voraussetzung. Auch im Kreistag sollte eine Einigkeit hergestellt werden. Es sollte auch die Möglichkeit geben, mit den Fraktionskollegen zu diskutieren. Es handelt sich um eine Entscheidung von großer Tragweite. Die Entscheidung für die Südtrasse scheint einigermaßen logisch. Sie habe aber den Makel, dass es die ungünstigste Umweltvariante sei. Daneben steht die verkehrliche Entlastung. Er denkt, es müsste stärker herausgearbeitet werden, wie mit den Umweltbelastungen umzugehen sei.

Der Anknüpfungspunkt FTO und Südtrasse sei eine Verbindung in Richtung Süden. Wenn die Verbindung entlang der S-Bahn-Linie erfolgen würde, wäre ein Bauwerk zur Überquerung des Isarkanals erforderlich.

Er fragt, wann mit der Fertigstellung gerechnet wird.

Der Vorsitzende sagt, es bringt nichts, darüber jetzt zu reden. Je schneller die Entscheidungen fallen, je schneller könne der Bau verwirklicht werden.

**Kreisrat Jobst** befürchtet, dass bei der Südvariante die Orte Eichenkofen und Altham abgeschnitten werden. Er fragt, wie diese Bedenken zerstreut werden können.

**Der Vorsitzende** sagt, entscheidend wird sein, wo eine Querung stattfindet. Entweder sie erfolgt im Bereich der Orte Eichenkofen und Langengeisling oder weiter nördlich. Dann wären andere Trassenverbindungen notwendig.

**Herr Weywadel** sagt, eine Trennung wird nicht zu vermeiden sein.

**Kreisrat Hofstetter** denkt, wichtig seien die Entlastung des Verkehrs und die möglichst geringe Belastung der Bevölkerung. Er spricht sich auch für die Variante Süd aus, auch deshalb, weil von der Stadt Erding eine Anbindung an die Nordumfahrung geplant wird.

**Kreisrätin Seeger** verweist auf die umfangreiche Tischvorlage. Sie denkt, es sei notwendig, diese zuhause durchzuarbeiten und sie mit den Fraktionskollegen zu besprechen. Sie stellt den Antrag, heute darüber keinen Beschluss zu fassen.

Auch **Kreisrätin Dieckmann** schließt sich der Meinung an.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Schmidt** denkt, eine Entscheidung könnte zeitnah in zwei Wochen sein.

**Herr Weywadel** sagt, er möchte keinen Druck machen, aber die Zeit eilt. Es gibt Bedingungen, die erfüllt werden müssen. Wenn heute keine Entscheidung getroffen werden sollte, müsse bis 2011 auf die Kartierung der Fauna und Flora gewartet werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, je länger mit der Entscheidung gewartet wird, desto größer sei die Gefahr, in Zeitverzug zu geraten.

Er bringt den Vorschlag von Kreisrätin Seeger, heute keine Entscheidung über den Korridor zu treffen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 8 : 4 Stimmen.**

(Gegenstimme: KR Bendl, KR in Dieckmann, KRin Seeger, KR Schmidt).

**Kreisrat Schmidt** merkt an, bei der Wahltrasse Süd sei nur ein Lärmschutz beim Wehrwissenschaftlichen Institut notwendig. Bei der Wahltrasse Süd 2 sei kein Lärmschutz notwendig. Er befürchtet, wenn Brücken durch Eichenkofen und Langengeisling durchgehen, dass große Lärmquellen entstehen.

**Herr Ammerl** sagt, es sei für die Bereiche ein Lärmgutachten auch mit der Höhenlage der Straße und dem Abstand gemacht worden. Es werden nur im Bereich des Wehrwissenschaftlichen Instituts Lärmschutzmaßnahmen erforderlich und nur dort, wo Grenzwerte überschritten werden. Wenn allerdings der Korridor Süd 2 festgelegt würde, wäre eine detailliertere Planung mit einer neuen Lärmberechnung erforderlich. Momentan sei die Lärmbelästigung nur aufgrund des Korridors erstellt worden.

**Kreisrätin Bendl** merkt an, Bürgermeister Wiesmaier habe gesagt, die schlechteste aller Lösungen wäre keine Nordumfahrung. Dem kann sie nicht zustimmen. Sie denkt, eine Nordumfahrung sei im Hinblick auf die Zukunft nicht zu verantworten. Zum einen sei die Verschuldung auf allen Ebenen zu sehen, die auf die kommenden Generationen abgewälzt wird. Durch den Bau der Nordumfahrung werde Boden versiegelt. Es werde der Individualverkehr als das wichtigste erachtet. Im Hinblick auf den Klimaschutz sollte versucht werden, nach anderen Lösungen zu suchen. Sie hält die Nordumfahrung für keine gute Lösung.

**Der Vorsitzende** hofft, dass die Nordumfahrung viel Verkehr anziehen werde, denn je mehr Verkehr sie anziehen wird, desto größer sei die Entlastung der jetzt Betroffenen, die auf Gemeindeverbindungsstraßen mit großen Belastungen in Ortsdurchfahrten zurecht kommen müssen.

Der öffentliche Personennahverkehr könnte nochmals deutlich verbessert werden, denn durch eine Alternativlösung im Bereich Langengeisling, parallel zur Alten Römerstraße gebe es eine direkte Anbindung. Auch der ÖPNV habe eine entsprechende Wirkung auf den östlichen Landkreis Erding, der damit nochmals besser angeschlossen werden könnte. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dass der Landkreis bei der Maßnahme keine Kosten zu übernehmen habe. Der Landkreis bekommt vom Umlandfond



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

5 Mio Euro für die Planung. Die bisherigen Rechnungen seien der FMG weitergereicht worden, unabhängig von einer 3. Start- und Landebahn. Der Landkreis wird den höchst möglichen Zuschuss vom Freistaat Bayern bekommen, wenn der Landkreis die Trägerschaft übernimmt. Der Landkreis muss dann mit dem kommunalen Träger (Stadt Erding) sprechen, das Defizit zu übernehmen. Der Grundsatzbeschluss, der 2007 gefasst worden sei lautet, dass der Landkreis Erding Planung und Bauträgerschaft für die Nordumfahrung übernimmt.

**Kreisrat Fischer** interessiert, warum die Umfahrung von Grünbach nicht mit dabei sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, die Umfahrung von Grünbach sei für die Auswahl des Korridors nicht entscheidend.

**Kreisrat Oberhofer** sagt, es sei heute vieles ausgewogen besprochen worden. Es bleiben immer die gleichen Fakten. Es sei richtig, dass diese Maßnahme Mut braucht, über eine Lösung abzustimmen. Es sei mutig, dass Kreisrätin Bendl sich gegen die Nordumfahrung ausgesprochen habe. Er würde sich auch trauen, den Antrag auf Schluss der Debatte zu stellen und wünscht über die Variante abzustimmen.

**Der Vorsitzende** sagt, die Wortmeldung von Kreisrat Oberhofer habe er zur Kenntnis genommen.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob die Entscheidung über eine Trasse mit dem Gutachten der Gemeinde Bockhorn nichts zu tun habe.

**Der Vorsitzende** fragt, ob der Bürgermeister der Gemeinde Bockhorn (Zuschauer) zur Hilfestellung nicken kann. Bürgermeister Schreiner kommt der Bitte nach.

**Kreisrätin Dieckmann** bittet, künftig die Vorlagen vor der Sitzung zu bekommen, damit sie sich vorbereiten kann.

**Der Vorsitzende** informiert, damit würden alle Bürgermeister brüskiert. In der Vergangenheit seien die Informationen immer zeitgleich weitergegeben worden. Auch die Bürgermeister haben erst heute Vormittag die Präsentation bekommen. Entweder erfolgt die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, so wie bisher. Ansonsten hätten heute die Unterlagen erst an die Kreisräte versandt werden müssen. Er denkt, bei einem so heiklen Thema sollten Empfindlichkeiten vermieden werden.

**Kreisrat Biller** merkt an, als einer im nördlichen Stadtteil Lebender möchte er zum Ausdruck bringen, dass eine Nordumfahrung auf alle Fälle wichtig sei. Die Entlastung der Stadt Erding und Langengeislings sei ein wesentlicher Punkt. Er weist darauf hin, dass die Variante Süd 1 keine Bedeutung für Langengeisling habe. Auch all die Schleichwege müssen enden. Aus diesen Gründen unterstützt er die Aussage von Kreisrat Wiesmaier am Anfang der Diskussion. Es sollten Lösungen gefunden werden für die Bürger, die westlich der Ortschaft Unterstrogg wohnen. Er fragt zum Anknüpfungspunkt der Variante 4, ob es richtig sei, dass ein Autofahrer, der von Grucking nach Taufkirchen fährt, nach wie vor durch Unter-

strogen durchfahren müsse. Das wäre nicht der Fall, würde südlich der Straße eine Spur angehängt. Vielleicht sei das ein Gedanke.



**Der Vorsitzende** weist darauf hin, bei den Anknüpfungspunkten sei keine direkte Anbindung der ED 20 an die Nordumfahrung geplant, weil sie auch deutlich Verkehr anziehen würde.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Herr Weywadel** sagt, die Anbindung sei bewusst weggelassen worden, weil die Verkehrsbeziehung von der ED 20 Richtung Taufkirchen/Vils relativ gering sei. Die Auswirkungen könnten aber noch untersucht werden.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** formuliert, die Planer werden beauftragt, weiter zu planen. Er möchte noch aufnehmen, dass sich der Ausschuss noch nicht festlegen möchte zwischen Wahltrasse Süd 2 und Süd 3.

Er formuliert folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Landkreis Erding beauftragt das Staatliche Bauamt Freising und die dafür zuständigen Planungsbüros, die Korridorsituation Wahltrasse Süd, Vorzugsvariante 2, alternativ 3 weiter zu planen.

Die Anknüpfungspunkte B 388 sind noch weiter zu beplanen und detaillierter auszuarbeiten und zur Entscheidung vorzulegen.

Dabei soll auch der Wunsch der Gemeinde Bockhorn berücksichtigt werden, einen Anknüpfungspunkt östlich von Grünbach noch mit einbinden zu können.

Den Kreisräten ist die Forderung der betroffenen Nordgemeinden nach einer Querspange bewusst. Die Planung dieser Querspange sollte bei den Voruntersuchungen mit vorangetrieben werden.

**Kreisrat Schmidt** stellt den Antrag, alternativ die Trasse Mitte 1 gegenüber zu stellen, weil nach allen Aussagen, im kurzen Überlesen der Tischvorlage dies die günstigste Variante, die preiswerteste und die mit den wenigsten Umweltschäden und geringsten Flächenverbrauch sei. Diese Trasse sei argumentativ nicht gewürdigt worden. Persönlich hält er die Trasse Süd für die sinnvollste. Aus prinzipiellen Erwägungen heraus möchte er sie jedoch gegenüberstellen.

**Kreisrätin Bendl** möchte die Gegenüberstellung nicht alternativ, sondern als weitere Möglichkeit.

**Der Vorsitzende** sagt, das sei nicht möglich. Es sei ein eindeutiger Auftrag zu formulieren:

Er bringt den **Antrag** von Kreisrat Schmidt, die Wahltrasse Mitte 1 zu untersuchen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 11 : 1 Stimmen.**  
(Gegenstimme: KR Schmidt)

Daraufhin bringt er den bereits formulierten Vorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0042-14

Der Landkreis Erding beauftragt das Staatliche Bauamt Freising und die dafür zuständigen Planungsbüros, die Korridorsituation Wahltrasse Süd, Vorzugsvariante 2, alternativ 3 weiter zu planen.

Die Anknüpfungspunkte B 388 sind noch weiter zu beplanen und detaillierter auszuarbeiten und zur Entscheidung vorzulegen.

Dabei soll auch der Wunsch der Gemeinde Bockhorn berücksichtigt werden, einen Anknüpfungspunkt östlich von Grünbach noch mit einbinden zu können.

Den Kreisräten ist die Forderung der betroffenen Nordgemeinden nach einer Querspange bewusst. Die Planung dieser Querspange sollte bei den Voruntersuchungen mit vorangetrieben werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 2 Stimmen.**  
(Gegenstimmen: KRin Bendl, KRin Seeger)

**Kreisrätin Seeger** merkt noch an, die Vorlage zu dem Tagesordnungspunkt hatte 11 Zeilen Inhalt, keine Varianten, keine Hinweise. Sie findet es rücksichtslos, dass sie heute gezwungen werde, ad` hoc über ein so wichtiges Thema entscheiden zu müssen.

\*\*\*

Weiter erklärt **der Vorsitzende**, Bürgermeister Schreiner habe die Erlaubnis gegeben, die Raumempfindlichkeitsanalyse der Gemeinde Bockhorn vorstellen zu dürfen.

**Der Vorsitzende übergibt den Vorsitz an den weiteren stellvertretenden Landrat Fritz Steinberger.**

**Herr Marzelli** berichtet über die Raumempfindlichkeitsanalyse der Gemeinde Bockhorn. Die Gemeinde Bockhorn habe den Auftrag erteilt, eine Raumempfindlichkeitsanalyse für einen Teil des Gemeindegebiets durchzuführen. Er zeigt den Gemeindebereich anhand eines Planes.

Inhaltlich sei für die Raumempfindlichkeitsanalyse das gleiche Spektrum abgearbeitet worden, wie für die Nordumfahrung. Es gebe verschiedene Umfahrungsmöglichkeiten für eine Umfahrung von Bockhorn, Grünbach/Hecken, Muggen und Maierklopfen, die untersucht worden sind.

Korridore bedeuten grobe Bereiche, die Hinweise geben, wo mit relativ wenigen Konflikten eine Umfahrung der Orte denkbar wäre. Die Gemeinde habe ein besonderes Interesse an einer Umfahrung von Grünbach und Hecken bezüglich der Nordumfahrung Erding. Die anderen Umfahrungsmöglichkeiten spielen in dem Fall keine so große Rolle.

Wichtig sei, der Bereich von Grünbach und Hecken weist eine besondere Raumempfindlichkeit im Bereich des Verlaufs der Strogen auf, die einen besonderen Schutzstatus genießt. Diese Raumempfindlichkeit mache künftige Straßenbauprojekte zwar nicht unmöglich, es sei aber mit größe-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

ren Problemen zu rechnen. Eine Umfahrung von Grünbach und Hecken im Süden werde kaum möglich sein. Mögliche Korridore werden im Norden vorgeschlagen.

Vom Gemeinderat Bockhorn sei entschieden worden, dass die Variante 4 a und die Variante 6 a berücksichtigt werden sollen. Eine Variante um Grünbach herum und eine längere Variante im Bereich von Kreuthäusl, von der B 388 abzweigt und zwischen Aurlfing und Grünbach wieder einmündet.

Die Variante 4 a habe eine größere Nähe zum Siedlungsbereich Grünbach. Die Variante 6 a würde im Vergleich zu den anderen Varianten noch weiter nördlich verlaufen.

Alle Varianten treffen auf das FFH-Gebiet. An der Stelle der Flußschleife der Strogen sei das FFH-Gebiet sehr schmal, eine Querung aus genehmigungsrechtlichem Aspekt wäre an dieser Stelle am ehesten denkbar.

Die Variante 4 a wäre nachteiliger als die V 6 a. Dazu sei zu sagen, dass bei diesem Maßstab die Grenzen der Untersuchungsmöglichkeit liegen. Die Topografie um Grünbach sollte genauer betrachtet werden.

Er verteilt eine Tischvorlage.

**Herr Lehnert** sagt, das Büro sei beauftragt worden, die Nordumfahrung Erding bis östlich von Grünbach zu untersuchen. Die Vielzahl der Varianten seien auf die Varianten 4 a und 6 a gekürzt worden.

Die Baulänge der Variante 4 a beginnt als Weiterführung der Nordumfahrung Erding. Ein genauer Beginn kann derzeit noch nicht gesagt werden, weil noch nicht feststeht, wo die Nordumfahrung ankommt. Danach würde die Straße weiter nach Osten gehen, die Strogen zwischen Hecken und Aurlfing queren, im Norden von Grünbach in einem Bogen weiter gehen und östlich von Grünbach (Stadel) in die B 388 einmünden. Genaue Untersuchungen zu den Verkehrsströmen etc. würden den Knotenpunkt noch verändern. Die Baulänge würde 2,25 km betragen, der Flächenbedarf wäre 7 ha, es wäre ein Knotenpunkt und drei Ingenieurbauwerke erforderlich. Die Kosten würden 10 – 12 Mio € brutto betragen. Die Kostenspanne ergibt sich, weil noch keine Aussage zum Knotenpunkt vorliegt.

Bei beiden Varianten sei eine Anschlussstelle an der ED 20 erforderlich. Es würde ein bestimmter Betrag bezüglich der Länge wegfallen.

**Kreisrat Fischer** denkt, mit der Wahltrasse Süd der Nordumfahrung habe sich der Ausschuss für eine ungünstige Trasse entschieden. Man sollte vorsichtig sein, wenn man die Umweltbelange um Grünbach betrachtet. Es sollte mit gleichen Maßstäben gemessen werden. Es sollte über die Hinausführung von Grünbach ernsthaft nachgedacht werden.

**Herr Weywadel** sagt, es war der Untersuchungsauftrag, eine Nordumfahrung von Erding mit einer Anbindung von Unterstrogn bis Hecken zu planen.

Er stellt fest, die abschätzbaren Kosten für die Verlängerung der ED 99 werden ca. 10 Mio € sein. Es stellt sich die Frage, welchen Nutzen ergibt sich aus der Entlastungswirkung von Grünbach und Hecken im Verhältnis



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

zu den entstehenden Kosten. Diese Frage werde auch den Zuschussgeber beschäftigen. Eine Antwort könne heute nicht gegeben werden.

Die Frage sei, inwieweit der Bund (Bundesstraße) in der Pflicht zu nehmen sei. Eine Umfahrung Grünbach alleine im Zuge der Bundesstraße hätte den Vorteil, dass der Durchgangsverkehr aus Grünbach herauskommen würde. Das sei aber ein Entscheidungspunkt, der im Bedarfplan der Bundesfernstraßenplanung verankert sein müsse. Diese Situation muss angemeldet und bewertet werden. Er kann dazu keine Empfehlung geben.

**Der Vorsitzende** sagt, das schwierige sei, dass das Angelegenheit des Bundes sei.

**Kreisrat Schmidt** fragt, nachdem gesagt worden sei, es gibt keine Entlastung auf der B 388, welchen Nutzen dann eine Umgehung von Grünbach habe, wenn die Fahrzeuge auf der B 388 fahren.

**Herr Weywadel** sagt, der Verkehr, der dann auf die ED 99 fährt, würde nicht mehr durch Grünbach fahren. Der Verkehr, der weiter nach München läuft, würde weiter durch Grünbach fahren.

**Herr Ammerl** führt weiter aus, die Baulänge der Variante 6 a sei länger und beginnt am selben Punkt. Sie kreuzt an derselben Stelle das FFH-Gebiet. Am schmalsten Punkt wäre ein Brückenbauwerk geplant. Danach verläuft die Trasse weiter näher an Aurlfing entlang des bestehenden Gehölzes vorbei und würde bei Kreuthäusl in die B 388 einmünden. Die Trasse sei ca. 3 km lang, die Kosten wären mit ca. 12,5 bis 14,5 Mio € brutto veranschlagt.

**Kreisrat Schmidt** denkt, eine Diskussion erübrigt sich. Es sei wichtig zu wissen, welchen Beschluss die Bürgermeister gefasst haben und welche Empfehlung sie dem Kreistag geben.

**Kreisrat Wiesmaier** merkt an, es seien die Varianten genau so vorgestellt worden wie im Ausschuss. Die Information zur Umfahrung Grünbach sei gesondert zu betrachten.

**Kreisrätin Dieckmann** denkt, es sollte die Umfahrung von Grünbach in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden.

**Kreisrat Hofstetter** sagt, das sei Sache der Gemeinde Bockhorn. Er schlägt vor, die Zahlen bezüglich einer Umfahrung von Grünbach zu nennen, inwieweit diese Auswirkungen auf die ED 99 haben.

**Herr Weywadel** antwortet, das sei nicht der Planungsauftrag gewesen.

**Der Vorsitzende** denkt, es sei sinnvoll, dass Kreisrat Fischer den Bereich angesprochen hat, es handelt sich aber um zwei getrennte Planungsaufträge.

Nach kurzer Diskussion bedankt sich der Vorsitzende bei den anwesenden Herren für die Ausführungen.





**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**5. Kreisstraßen**  
**Verlängerung ED 26 zur besseren Anbindung des Holzlandes**  
**an die A 92**  
**Vorlage: 2010/0623**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und die ausgeteilte Tischvorlage und bittet Herrn Großkopf um Ausführung.

Die ED 26 sei seit vielen Jahren ein Thema. Es handelt sich um einen Straßenabschnitt von 3 km bis 5 km Länge je nach Variante. Bei der Untersuchung sei das Büro von einem Diplomanten unterstützt worden, der für eine Bachelor-Arbeit wesentliche Dinge mit Begleitung des Büros untersucht habe.

Aufgrund der Untersuchung werde empfohlen, von der weiteren Planung der Maßnahme abzusehen, weil das Verhältnis der Kosten von ca. 8 bis 10 Mio € nicht im Verhältnis zum Verkehrsentslastungseffekt stehen.

Im Weiteren erklärt er die Hauptkenndaten der Variante A, B und C.

Eine ergänzende Planung sei mit einem Halbkreis um Wartenberg durchgeführt worden. Das Verhältnis von Kosten und Nutzen gestaltet sich insgesamt sehr ungünstig. Sollte dennoch an den Varianten festgehalten werden, wäre die kürzeste Variante keinesfalls die günstigste. Die Variante A wäre relativ teuer. Bei der Variante B gebe es Probleme mit den Anliegern. Die Variante C, die weiter außerhalb verlaufen würde, hätte den Nachteil, weil der Ausbau der Staatsstraße noch nicht entschieden sei. Eine Abwägung wäre eventuell zwischen der Variante A und B zu treffen. Eine Risikoanalyse sei nicht veranlasst worden.

**Kreisrat Hofstetter** schlägt vor, die Planung einzustellen. Die Zahlen seien sehr gering. Die Straße stellt sich in einer anderen Qualität dar. Er fragt, welche Alternativen es gibt, die bestehende Straße zu ertüchtigen.

**Herr Großkopf** sagt, eine Alternative sei noch nicht geprüft worden. Es könnte geprüft werden, ob in kleineren Abschnitten Verbesserungen möglich wären und eventuell ein Teilausbau sinnvoll wäre, damit die Straße den technischen Anforderungen der Verkehrssicherheit entspricht.

**Kreisrätin Seeger** denkt, wenn der Landkreis diese Straße neu bauen würde, müssten viele Straßen neu gebaut werden. Sie spricht sich gegen eine Umfahrung aus.

**Kreisrat Schwimmer** stimmt der Aussage von Kreisrat Hofstetter zu.

**Kreisrat Jobst** spricht sich aufgrund der einzigartigen Gegend in dem Bereich gegen eine Umgehungsstraße aus.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, es sollte darüber abgestimmt werden, ob eine weitere Planung verfolgt werden solle. Er zeigt sich erfreut, dass das Ergebnis der Untersuchung so ausgefallen sei.

**Der Vorsitzende** sagt, es sei der Bericht dazu vom Staatlichen Bauamt Freising gegeben worden. Über eine Empfehlung sei abzustimmen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Es schließt aber nicht aus, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt erneut darüber zu beraten.

**Kreisrat Schmidt** zeigt sich dankbar über die Information, dass eine Straße nicht gebaut werden sollte. Seiner Meinung nach sollte kein Beschluss gefasst werden, was in der Folge zu tun sei. Es gebe eine Reihe von Kreisstraßen, die in einem erbärmlichen Zustand sind. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Die letzte Kreisstraßenbefahrung liege ein paar Jahre zurück.

**Kreisrat Hofstetter** wünscht, den Beschluss zu fassen, eine weitere Möglichkeit der Verbesserung der Straße zu untersuchen. Es geht um die Sicherheit in dem Bereich.

**Kreisrätin Seeger** schlägt vor, wieder eine Straßenbefahrung durchzuführen und die Straße zu besichtigen.

**Kreisrätin Dieckmann** sagt, sie kennt die Straße, die sehr eng sei. Das Thema sollte bald angegangen werden.

Daraufhin formuliert **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag:

StrVU/0043-14

Keine der drei vorgelegten Varianten wird derzeit weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

Zusatz:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach einer Besichtigung der Straße im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt das Thema Sicherheit der Straße und Möglichkeiten des Ausbaus (Teilstück ED 2) zu prüfen.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

## **6. Abfallwirtschaft** **Benchmarking-Projekt für die Abfallwirtschaft** **Vorlage: 2010/0637**

**Kreisrätin Seeger** beantragt, den Tagesordnungspunkt 6 „Benchmarking-Projekt für die Abfallwirtschaft zu vertagen.

**Der Vorsitzende** bittet um Verständnis, das Thema doch zu behandeln. Kreisrat Jobst habe einen Anspruch, dass sein Antrag in einer bestimmten Zeit auch behandelt wird.

**Kreisrat Schmidt** stellt fest, die Ausschussmitglieder haben sich zu Beginn der Sitzung einverstanden erklärt, die Tagesordnung abzuhandeln.

**Der Vorsitzende** bringt den Antrag von Kreisrätin Seeger, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 9 : 2 Stimmen.**  
(Gegenstimme: KRin Bendl, KRin Seeger)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Schmittner** merkt an, Benchmarking-Projekte seien in der Abfallwirtschaft eher selten. Der Landkreis Erding sei Mitglied im Innovationsring des Bayer. Landkreistages. Es werde ein Vergleich unter den beteiligten Landkreisen durchgeführt. Wegen der Strukturunterschiede sei auch ein Vergleich mit den Nachbarlandkreisen schwierig.

**Kreisrat Jobst** sagt, der Vortrag von Herrn Schmittner sei nicht notwendig. Er behandelt nicht das Thema. Es gehe nicht darum, dass der Landkreis einen Vergleich mit anderen Landkreisen durchführt, etc., sondern darum, von den Besten zu lernen. Der Landkreis Erding konkurriert mit 71 Landkreisen. Mit einem Benchmarking-Projekt habe der Landkreis in jedem Fall einen Vorteil, sei es nur, zu wissen, dass man der Zweite oder Dritte sei. Es geht darum, Kosten einzusparen. Es geht nicht darum, besser zu sein als Freising, etc. Er glaubt es, dass der Landkreis Anstrengungen unternommen habe, um gut zu sein. Es geht darum, einen bestimmten Sektor zu finden, wo Verbesserungen möglich seien. Ein Benchmarking-Projekt könne nur Vorteile bringen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, der Landkreis Erding habe wenig Ärger mit den Bürgern und den Gewerbetreibenden. Es könnte sicher über Benchmarking das Eine oder Andere noch erreicht werden.

**Kreisrat Jobst** berichtet, er habe eine Studie darüber gemacht. Er kann jedem Landkreis nur empfehlen, an einer Studie teilzunehmen. Jeder Landkreis sei von Einsparpotentialen überzeugt gewesen. Es geht gerade darum, nicht vergleichbare Bereiche einzubeziehen. Das heißt, auch Landkreise, die von der Struktur her völlig unterschiedlich seien, können teilnehmen und bekommen ein Ergebnis.

**Kreisrätin Dieckmann** sagt, sie halte viel von Studien. Wenn aber für ein Benchmarking-Projekt ein Mitgliedsbeitrag ca. 3.600 € pro Jahr zu zahlen sei und Personalkosten von rd. 32.000 € anfallen, sei das nicht wenig. Sie denkt, der Landkreis Erding sei bezüglich der Abfallwirtschaft fortschrittlich. Es geht nicht nur um die Kosten, sondern auch um die Müllvermeidung. In fast jeder Gemeinde gebe es einen Recyclinghof, etc. Sie spricht sich gegen ein Benchmarking-Projekt aus.

**Kreisrat Jobst** denkt, die Personalkosten würden nicht entstehen. Die Arbeiten könnten vom vorhandenen Personal nebenbei gemacht werden. Die eigentliche Arbeit werde von einer Firma gemacht, die das Benchmarking durchführt. Die Kosten liegen bei ca. 10.000 €. Es stehe eine Ersparnis von 100.000 € bis 1,6 Mio € dagegen.

**Kreisrätin Seeger** denkt, es sei nicht sinnvoll, den Müll billiger zu machen.

**Kreisrat Jobst** sagt, es geht darum, dem Landkreis eine erhebliche Summe zu sparen. Ob die Summe zur Reduzierung der Müllgebühren genommen werde oder neue Konzepte gemacht werden, sei ein anderes Thema.

**Kreisrat Schmidt** sagt, es gebe einen gewissen Widerspruch zwischen dem was Kreisrat Jobst vorschlägt und die Verwaltung sagt. Er schlägt

vor, dass sich die Verwaltung solche Studien besorgen und den entsprechenden Sachverstand einholen sollte.



**Herr Schmittner** erklärt, es sei schwierig, solche Studien zu finden. Eine Anfrage beim Bayer. Landkreistag habe ergeben, dass dort keine laufenden Benchmarking-Projekte in der Abfallwirtschaft bekannt seien.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Er denkt, die Möglichkeit, 1,2 Mio Euro oder 1,6 Mio Euro einzusparen würde nur durch eine Änderung im System möglich sein. Der Landkreis habe an der Optimierung und Rationalisierung erheblich teilgenommen. Die Gebühren konnten stabil gehalten werden. Natürlich könnte es an der einen oder anderen Stelle Verbesserungsmöglichkeiten geben, aber dazu müsste das System geändert werden. Es kann z.B. nicht die Restmüllentsorgung zwischen dem Landkreis Erding mit dem Landkreis Freising verglichen werden. Es sei schwierig, einen Bereich herauszunehmen und ohne genaue Betrachtung zu vergleichen. Bei Vergleichen gebe es ein Gesamtergebnis. Es werde dabei nicht auf die strukturellen Besonderheiten eingegangen.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Fischer** sagt, sein Kollege Jobst weiß, dass er nicht seiner Meinung sei. Er bestätigt die Aussage von Herr Schmittner. Die Vorlage sei sehr gut ausgearbeitet worden.

Er berichtet, die Gemeinde Isen habe im Bereich Abwasser am Benchmarking teilgenommen. Eine Teilnahme sei auch mit Kosten verbunden. Er wird den Antrag ablehnen. Er wünscht eine Abstimmung.

**Kreisrat Hofstetter und Kreisrat Schwimmer** stimmen der Aussage von Kreisrat Fischer zu. Derzeit gibt es keinen Bedarf.

Daraufhin formuliert der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag:

StrVU/0044-14

Der Antrag von Kreisrat Jobst auf Beteiligung der Abfallwirtschaft an einem Benchmarking-Projekt für die Abfallwirtschaft wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 2 Stimmen.**  
(Gegenstimme: KR Jobst, KR Schmidt).

## 7. Bekanntgaben und Anfragen

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt um 18:55 Uhr.

Vorsitzender

Vorsitzender  
ab 17.45 Uhr – TOP 4

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Friedrich Steinberger  
weit. stellv. Landrat

Elfriede Mayer  
Verw.Angest.